

Inhalt

Abbildungen	9
Tabellen	9
Vorwort	11
Zwischen Politikwissenschaft und Soziologie – das Profil einer kritischen Demokratiewissenschaft. Einleitung	13
1 Standortbestimmung: Politische Soziologie als Demokratiewissenschaft	23
1.1 Wozu Politische Soziologie?	23
1.1.1 Auf der Suche nach disziplinärer Identität: Selbstvergewisserungen	23
1.1.2 Beschreiben und Erklären oder Kritisieren und Verändern? Zur Methodologie einer praxisorientierten Demokratieforschung	29
1.1.3 Zur Bedeutung von »sozialer Ungleichheit« für eine kritische Demokratiewissenschaft	35
1.2 Die Schlüsselfrage: Was heißt »Demokratie«?	43
1.2.1 Demokratie als demokratische Steuerung	44
1.2.2 Demokratie durch Legitimation	46
1.2.3 Von der Androkratie zur Geschlechterdemokratie	49
1.3 Im Fokus: Politik- und Interessenvermittlung in der Demokratie	53
1.3.1 Was heißt »Gesellschaftliche Interessen« und in welchem Zusammenhang stehen sie zur sozialen Ungleichheit?	53
1.3.2 Gesellschaftliche Interessen, soziale Ungleichheit und Macht	60
1.3.3 Politik- und Interessenvermittlung in der Demokratie: Fazit und Perspektiven	61
2 Grundbegriffe der Politischen Soziologie	71
2.1 Politische Partizipation: vom Modewort zum operationalisierbaren Begriff	71
2.1.1 Politische Partizipation als soziales Handeln	71
2.1.2 Partizipation als Verfahren	74
2.1.3 Politische Partizipation und Kompetenz	80

2.2	Politische Sozialisation: Partizipation lernen	83
2.2.1	Was heißt politische Sozialisation?	84
2.2.2	Partizipationskompetenz als politisches Lernziel	85
2.2.3	Politisches Lernen als Partizipationslernen	91
2.2.4	Partizipationslernen durch politische Kommunikation	93
2.3	Politische Öffentlichkeit und Demokratie	98
2.3.1	Politische Öffentlichkeit – ein normativer Begriff	98
2.3.2	Politische Öffentlichkeit durch Partizipation	100
2.3.3	Politische Öffentlichkeit: eine Typologie	102
3	Das Parlament als Öffentlichkeitsorgan: zur politischen Kommunikationsfunktion des Deutschen Bundestages	107
3.1	Der Deutsche Bundestag als öffentliches Parlament und politische Sozialisationsagentur	107
3.1.1	Normative Grundlagen parlamentarischer Öffentlichkeit	107
3.1.2	Repräsentationsöffentlichkeit durch das Freie Mandat	109
3.1.3	Kontrollöffentlichkeit durch parlamentarische Opposition	110
3.1.4	Parlamentsöffentlichkeit als Medienöffentlichkeit	111
3.2	Vom halböffentlichen zum scheinöffentlichen Parlament: zur Empirie parlamentarischer Politikvermittlung	112
3.2.1	Verhandlungsöffentlichkeit	112
3.2.2	Kontrollöffentlichkeit	116
3.2.3	Repräsentationsöffentlichkeit der parlamentarischen Debatte	119
3.2.4	Das parlamentarische Sozialprofil und seine Folgen für die politische Kommunikation	121
3.3	Das Parlament als Organisation und Adressat von gesellschaftlichen Interessen: zur Empirie parlamentarischer Interessenvermittlung	125
3.3.1	Der Abgeordnete als Interessenvertreter: die interne Lobby	125
3.3.2	Die Fraktion als parlamentarische Organisationsform von gesellschaftlichen Interessen	126
3.3.3	Interessenvermittlung durch Pressure-Strategien	129
3.3.4	Interessenvermittlung durch mittelbare Einflussnahme auf den parlamentarischen Prozess	131
3.3.5	Interessenvermittlung durch informelle Kommunikation	133
3.3.6	Interessenvermittlung als Einflusschance	136
3.4	Parlamentarische Politik- und Interessenvermittlung in der Demokratie	137
3.4.1	Parlamentarische Politik- und Interessenvermittlung unter dem Einfluss organisierter Interessen: Risiken und Chancen für die parlamentarische Demokratie	138

3.4.2	Politische und soziale Repräsentation: die Erosion parlamentarischer Macht	139
3.4.3	Strukturelle Entmachtung des Parlaments durch Gouvernentalisierung der Interessenvermittlung .	140
4	Politische Kommunikation im intermediären Feld: Norm und Wirklichkeit demokratischer Politik- und Interessenvermittlung . . .	143
4.1	Parteien und Verbände – Agenturen für politische Kommunikation?	144
4.1.1	Normative Grundlagen: der Verfassungsauftrag an die politischen Parteien	144
4.1.2	Das »eherne« Gesetz der Oligarchie: innerparteiliche Demokratie und Mediatisierung von Bürgerinteressen . . .	148
4.1.3	Die Diskrepanz zwischen Mitgliedschafts- und Einflusslogik: politische Kommunikationsblockaden der Verbände	158
4.1.4	Fazit: Attraktivitätseinbußen und Funktionswandel	162
4.2	Neue soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen – Soziale Übungsfelder für Politik?	163
4.2.1	Neue intermediäre Kräfte zwischen Staat und Gesellschaft: Entstehung und Bewegungskonjunkturen	164
4.2.2	Kompensation, Regeneration und Modernisierung: das Verhältnis zwischen neuen und alten intermediären Akteuren	169
4.2.3	Sozialisation und Partizipation: Politik- und Interessenvermittlung durch Beteiligungseliten	172
4.2.4	Fazit: Zur demokratiepolitischen Bedeutung von Bewegungsöffentlichkeit	176
4.3	Politik- und Interessenvermittlung in Arbeitsorganisationen: politische Kommunikation im Betrieb	178
4.3.1	Die neue Staatsbürgerlichkeit im Betrieb: normative und programmatische Grundlagen von Partizipationsarbeit . . .	180
4.3.2	Technisch-organisatorische Entwicklung durch Partizipation: Rationalisierung als Kommunikationsprozess	184
4.3.3	Neue Produktionsöffentlichkeiten – neue Lernorte für Partizipation	188
4.3.4	Fazit: Die Transformation der Betriebsverfassung zur Öffentlichkeitsverfassung	192
4.4	Politische Kommunikation als Massenkommunikation: Politik- und Interessenvermittlung durch die Massenmedien	197

4.4.1	Die politische Kommunikationsfunktion der Massenmedien: normative Grundlagen und institutionelle Rahmenbedingungen	198
4.4.2	Print- und Funkmedien: empirische Befunde zu ihrer politischen Kommunikationsleistung	202
4.4.3	Fazit: Politische Kommunikation in der Mediendemokratie	210
4.5	Alternative Medienarbeit und neue Technologien – Neue Chancen für politische Kommunikation?	215
4.5.1	Politische Kommunikation durch »Gegenöffentlichkeit« . .	215
4.5.2	Politische Kommunikation im Internet: Akteure und Themen netzgestützter Politik- und Interessenvermittlung .	223
4.5.3	Demokratierisiken und -chancen politischer Kommunikation im Internet	228
5	Zivilgesellschaft: Zur sozialen »Erdung« der politischen Kommunikation	235
5.1	Begriff und Genese der Zivilgesellschaft	235
5.2	Soziale Verortung der zivilgesellschaftlichen Akteure	238
5.3	Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit	241
5.4	Zivilgesellschaft und Demokratie	244
6	Zusammenfassung und Ausblick: Perspektiven der Politischen Soziologie als Demokratiewissenschaft	247
6.1	Demokratische Politik- und Interessenvermittlung – ein Resümee in zehn Thesen	247
6.2	Neue Themen und Forschungsgebiete: zum Profil einer zukünftigen Demokratiewissenschaft	257
6.2.1	Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft: zur Reformulierung des Gegenstandes der Politischen Soziologie	258
6.2.2	Das Verhältnis von Arbeit und Demokratie: zur Reaktivierung des wirtschaftsdemokratischen Diskurses . .	260
6.2.3	Politische Öffentlichkeit als Produktionsöffentlichkeit: politisch-soziologische Fortschreibung der »Wirtschaftsdemokratie«	263
6.3	Politische Soziologie als Demokratiewissenschaft: Anforderungen und Perspektiven	265
	Literaturverzeichnis	269
	Register	297